

Initiative wünscht sich Bürgerfragestunde

Verein Lebenswertes Sülztal will mehr Möglichkeiten zur Mitsprache haben

VON THOMAS RAUSCH

Rösrath. Ein regelmäßiges Forum sollen Bürger in Stadtratssitzungen bekommen. Das schlägt der Verein Lebenswertes Sülztal vor. In einem Brief an Bürgermeister Marcus Mombauer plädiert er dafür, in jeder Sitzung eine „Einwohnerfragestunde“ einzurichten. Ein solches Forum für Fragen und Bürgeranliegen lasse sich laut Geschäftsordnung schon jetzt schaffen, aber nur von Fall zu Fall und für die jeweils folgende Sitzung. Dieses Vorgehen sei zu schwerfällig und behindere die „Kommunikation mit dem Bürger“, schreibt der Vereinsvorsitzende Klaus Hasbron-Blume. In Nachbarkommunen wie Kürten, Lohmar oder Overath sei eine Einwohnerfragestunde in jeder Ratssitzung üblich. Wenn es ein solches Forum in jeder Sitzung gäbe, wäre das ein Signal an Interessierte, dass sie im Stadtrat willkommen seien. Es würde zeigen, dass Bürgerbeteiligung gewünscht sei, findet Heiner Mersmann vom Vereinsvorstand.

Beide Vereinsvertreter glauben, dass ein solches Forum für Bürger nicht in jeder Sitzung genutzt würde. Aber wenn Einwohner sich äußern wollten, könnten sie es problemlos tun. „Wünschenswert“ sei auch eine vergleichbare Öffnung von Ausschusssitzungen. Die bisherige Praxis ist, dass die Sitzungen des Rats und der Ausschüsse

kurz unterbrochen werden, wenn Bürger um eine Gelegenheit bitten, sich dort zu äußern. Das halten Hasbron-Blume und Mersmann aber für unzureichend – der Bürger werde zum Bittsteller. Die Unterbrechung einer Sitzung erwecke den Eindruck, durch die Bürger entstehe eine „Störung“, sagt Hasbron-Blume. Daher wäre es aus Sicht des Vereins besser, routinemäßig eine Gelegenheit zur Äußerung anzubieten. Das wäre Zeichen eines „partnerschaftlichen Umgangs“, sagt Hasbron-Blume.

Bürgermeister Mombauer erklärt dazu auf Anfrage, er werde den Vorschlag des Vereins dem Stadtrat vorlegen. „Meine persönliche Meinung ist, dass es für die Bürger hinreichende Möglichkeiten gibt, Antworten zu bekommen“, sagt Mombauer. Er kenne keinen Fall, in dem einem Bürger verweigert worden sei, die Sitzung zu unterbrechen und ihm damit Gelegenheit zu einer Äußerung zu geben.

Er habe sich in Overath über die Erfahrungen mit der dort regelmäßig vorgesehenen Einwohnerfragestunde erkundigt: Sie werde immer von denselben Bürgern genutzt, die gestellten Fragen ließen sich meist nicht sofort beantworten. Da sei es vernünftiger, sich schriftlich an die Stadtverwaltung zu wenden – per E-Mail sei das ganz unkompliziert.

➤ **Kommentar**

Gesprächsforen sind notwendig

THOMAS.RAUSCH@KSTA-KR.DE

Die Diskussion über Bürgerbeteiligung und den richtigen Rahmen dafür bleibt ein Dauerbrenner in Rösrath. Eine Konstante scheint auch zu sein, dass interessierte Bürger und tonangebende Kommunalpolitiker nicht auf einen Nenner kommen. Jetzt ist wieder ein neuer Vorschlag im Raum, die Idee einer Einwohnerfragestunde im Stadtrat. Und die erste

Reaktion von Bürgermeister Marcus Mombauer ist, dass er wenig davon hält. Das ist ähnlich wie bei anderen Vorstößen, mit denen sich aktive Rösrather für mehr Beteiligung und öffentliche Debatte eingesetzt haben, zum Beispiel bei dem Ruf nach einer Leitbild-Diskussion: Die Kommunalpolitik blieb auf Distanz. Das ist ihr gutes Recht, auch die Vorschläge wohlmeinender Bürger haben Vor- und Nachteile. Dass Kommunalpolitiker fraktionsübergreifend wenig

von einer Leitbild-Diskussion halten, viel Aufwand und geringe Wirkung erwarten, sollten deren Befürworter akzeptieren. Auch eine Bürgerfragestunde muss nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Umgekehrt ist von der Politik mehr zu erwarten als ein bloßes Nein. Wenn Bürger mit der Politik reden wollen, muss es dafür Gesprächsforen geben. Gerade dann, wenn Bür-

ger nicht nur fragen, sondern auch Meinungen vertreten wollen. Die Unterbrechung von Ausschusssitzungen ist eine mögliche Form dafür. Aber sie reicht offenbar nicht aus. Nötig ist ein deutliches Signal, dass das Mitreden der Bürger erwünscht ist. Alle Beteiligten sollten versuchen, sich zu verständigen. Wenn das nicht funktioniert, werden aus Bürgern womöglich Wutbürger, die Politiker pauschal verdammen und mit denen kein Gespräch mehr möglich ist.



VON THOMAS
RAUSCH